



Darmstadt, den 29. April 2024

## Ergebnisprotokoll

der 16. Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses am 26. April 2024

**Tagungsort:** Regionalverband FrankfurtRheinMain, Raum 8a/b im Untergeschoss, Poststraße 16, 60329 Frankfurt am Main

**Beginn: 10:05 Uhr**

**Ende: 10:44 Uhr**

### Vorsitz:

Kraft, Uwe (CDU)

vertritt Herr Gerhard Herbert (SPD)

### Mitglieder:

Röttger, Bernd (CDU) - stellv. Ausschussvorsitzender

Banzer, Jürgen (CDU)

vertritt Herr Jan Schneider (CDU)

Burghardt, Horst (DIE GRÜNEN)

Engelhardt, Christian (CDU)

Fink, Christof (DIE GRÜNEN)

Gerfelder, Kai (SPD)

vertritt Herr Roger Podstatny (SPD)

Horn, Thomas (CDU)

Kötter, Rouven (SPD)

Kummer, Gerald (SPD)

Dr. Müller, Helmut (CDU)

Dr. Naas, Stefan (FDP)

Rinn, Annette (FDP)

Salz, Gerhard (DIE GRÜNEN)

Schindler, Harald (SPD)

vertritt Frau Rekha Krings (SPD)

Schlimme, Thomas (DIE GRÜNEN)

vertritt Frau Julia Frank-Millman (DIE GRÜNEN)

Schmitt, Stefan (CDU)

Sommer, Gregor (CDU)

Urhahn, Franz-Rudolf (DIE GRÜNEN)

Walther, Katy (DIE GRÜNEN)

Wysocki, Sebastian (CDU)

**Fraktionsvorsitzende:**

Rock, René (FDP)

**Mitglieder des Präsidiums:**

Kündiger, Albrecht (DIE GRÜNEN)

**Fraktionsgeschäftsführer:**

Swirschuk, Andreas (LINKE)

Vogt, Christian (DIE GRÜNEN)

Würz, Rolf (FDP)

**Obere Landesplanungsbehörde:**

Prof. Dr. Hilligardt, Jan (Regierungspräsident)

Dr. Fuhrmann, Stefan (Regierungsvizepräsident)

Bleher, Daniel

Güss, Ulrike

Hennig, Udo

Langsdorf, Markus

Martin, Guido

**Regionalverband FrankfurtRheinMain**

Hees, Alexander (CDU)

Knöfel, Sabine

**Gäste:**

./.

**Schriftführerin:**

Barthel, Manuela

## Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 15. Sitzung vom 8. März 2024
2. Vorlage 2. Monitoringbericht zur Umsetzung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien (TPEE) 2019  
**Drs. Nr. X / 67.4**
3. Antrag der Stadt Steinau an der Straße auf Zulassung einer Abweichung von den Zielen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 gem. § 6 ROG i. V. m. § 8 HLPG zugunsten einer Freiflächenphotovoltaikanlage für den Bereich des Bebauungsplanes "Solarpark Sarrod" und der Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich  
**Drs. Nr. X / 120.1**
4. Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens für die 3. Änderung des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 für die Stadt Bruchköbel, Stadtteil Roßdorf, Gebiet: "Neue Brückenschule"  
**Drs. Nr. X / 124**
5. Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens für die 5. Änderung des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 für die Stadt Erlensee, Stadtteil Langendiebach  
Gebiet A: "Im Büchensaal II"  
Gebiet B: "Hintere Bogenstraße"  
**Drs. Nr. X / 125**
6. Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens für die 1. Änderung des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 für die Stadt Nidderau, Stadtteil Heldenbergen, Gebiet: "Allee Süd V"  
**Drs. Nr. X / 126**
7. Anfragen

### Zu TOP 1 Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 15. Sitzung vom 8. März 2024

**Herr Kraft** begrüßt die Teilnehmenden der 16. Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und es zum letzten Protokoll keine Einwände gibt. Es gelte somit als genehmigt. Des Weiteren entschuldigt Herr Kraft den Vorsitzenden des Haupt- und Planungsausschusses, Herrn Herbert, und auch dessen Stellvertreter, Herrn Kasseckert, die beide verhindert sind.

Vor Eintritt in die heutige Tagesordnung erteilt **Herr Kraft** das Wort an Herrn Regierungspräsidenten Prof. Hilligardt, der in Abstimmung mit Frau Verbandsdirektorin Jäger heute einige Erläuterungen zum Sachstand und weiteren Verfahren der Neuaufstellung des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans machen möchte: Man befinde sich aktuell eng im Austausch mit dem Regionalverband und stimme das weitere Vorgehen miteinander ab. Er habe mit **Frau Jäger**, die heute wegen eines wichtigen persönlichen Termins nicht anwesend sein könne, abgestimmt, dass er heute dem Haupt- und Planungsausschuss der Regionalversammlung zum Sachstand der Arbeiten beim Regionalverband berichte. Frau Jäger habe in der Verbandskammer erläutert, dass

die Webinare mit den achtzig Verbandskommunen erfolgreich und unter großer Teilnahme der Kommunen erfolgt seien. Die Vertreter der Kommunen hätten nun bis 24. Mai Gelegenheit ihre Änderungen in den Planentwurf online einzutragen. Danach würden die eingegangenen Stellungnahmen ausgewertet und anschließend die Kommunengespräche terminiert. Frau Jäger habe in der Verbandskammer vorgetragen, dass sie vor dem Hintergrund des aktuellen Verfahrensstands eine Beschlussfassung zur 1. Offenlage des Planentwurfs vor der Sommerpause für unrealistisch halte. Auf Nachfrage von **Herrn Urhahn (DIE GRÜNEN)** erläutert Herr Prof. Hilligardt, dass der frühestmögliche Termin für den Beschluss der RVS über die Offenlage daher der 27. September 2024 sei.

**Zu TOP 2** Vorlage 2. Monitoringbericht zur Umsetzung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien (TPEE) 2019  
**Drs. Nr. X / 67.4**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Die **Drs. Nr. X / 67.4** wird vom Haupt- und Planungsausschuss zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 3** Antrag der Stadt Steinau an der Straße auf Zulassung einer Abweichung von den Zielen des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 gem. § 6 ROG i. V. m. § 8 HLPG zugunsten einer Freiflächenphotovoltaikanlage für den Bereich des Bebauungsplanes "Solarpark Sarrod" und der Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich  
**Drs. Nr. X / 120.1**

**Sprecher:**

Herr Gerfelder (SPD)

Herr Horn (CDU)

Herr Kummer (SPD)

Herr Rock (FDP)

**Herr Martin (PRDA)** gibt eine Zusammenfassung der vorgelagerten Ausschusssitzungen. Er erläutert, dass es in der Beschlussvorlage einen Rechenfehler beim Verhältnis der Freiflächenphotovoltaik zur Gesamtfläche der Kommune gebe, welcher an verschiedenen Stellen Grundlage der Bewertung gewesen sei. Die Verwaltung habe inzwischen diese Fehler berichtigt und lege der RVS bis zur Sitzung der Regionalversammlung am 3. Mai 2024 (voraussichtlich am Montag) eine neue Fassung der Vorlage zur Beschlussfassung vor.

*☞ Nachtrag: Die korrigierte, aktualisierte Drs. Nr. X / 120.1 wurde zwischenzeitlich im Gremienportal veröffentlicht*

**Herr Rock (FDP)** informiert, dass sich seine Fraktion auf Grund der Bodengüte der beanspruchten landwirtschaftlichen Flächen bei der Beschlussfassung enthalten und in der RVS ggf. dagegen stimmen werde.

**Herr Horn (CDU)** zitiert einen Absatz von Seite 40 der Beschlussvorlage und bittet nach erläuternden Ausführungen zur Verwendung des Begriffs „Perzentile“ und dessen Bedeutung in Bezug auf den atypischen Fall im Vergleich zum typischen Fall eines Zielabweichungsverfahrens.

**Herr Bleher** erläutert, dass in diesem Fall das Perzentil als statistisches Maß für die Streuung von Werten angewendet werde. So könne man die Ertragsmesszahlen der Böden der Flurstücke zueinander in Vergleich stellen. Daraufhin merkt **Herr Gerfelder (SPD)** an, dass es sich seiner Meinung nach um den Versuch handele, eine absolute Beschränkung der Freiflächenphotovoltaik

(F-PV) in bestimmten Regionen Hessens zu vermeiden. Die SPD-Fraktion begrüße diese Vorgehensweise.

**Herr Martin (RPDA)** fügt hinzu, es handle sich um den Versuch, objektive Kriterien mit regionalem Bezug als Kennwerte zur Verfügung zu stellen. Zur Abgrenzung typischer / atypischer Fall erklärt Herr Martin, dass bei einem atypischen Fall die Freiflächenphotovoltaik nicht abgelehnt werden müsse. Aus der Sollbestimmung des § 6 (2) Raumordnungsgesetz eine Abweichung zuzulassen, werde dann ein „kann“. Die Regionalversammlung habe in atypischen Fällen daher ein Ermessen, eine Abweichung zuzulassen oder abzulehnen.

**Herr Rock (FDP)** fragt, ob das Verfahren mit den Perzentilen in allen Regierungsbezirken Hessens so angewendet werde. **Herr Martin (RPDA)** erläutert, dass dies erst einmal ein südhessischer Vorschlag zur Vorgehensweise als Arbeitsgrundlage sei. Es sei davon ausgehen, dass auch von Seiten des Wirtschaftsministeriums an einer Vorlage gearbeitet werde. Durch die Abstimmung darüber zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium könne es natürlich auch zu einer anderen Abgrenzung kommen. **Herr Gefelder (SPD)** gibt zu Protokoll, dass dies für seine Fraktion keinen Präzedenzfall für die weitere Entwicklung darstelle. Es gäbe leider noch immer keine einheitlichen Kriterien für den Umgang mit F-PV. **Herr Kummer (SPD)** ergänzt, dass er eigentlich vom Gesetzgeber die Vorgabe der Kriterien zur Abgrenzung von typischen zu atypischen Fällen erwarte. Für ihn stellten die Bodenwerte kein Kriterium dar im Vergleich zum überragenden öffentlichen Interesse der erneuerbaren Energien. Dazu führt **Herr Langsdorf (RPDA)** aus, dass der Gesetzgeber den Gremien gerade die Möglichkeit eröffne, die regionalen Kenntnisse in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen und die Kriterien zwischen Atypik und Typik festzulegen. Die Regionalversammlung werde ermächtigt, auch unter fachpolitischen Gesichtspunkten der Regionalplanung, tätig zu werden. Zum anderen würden bestimmte Kommunen nur bei der Anwendung von absoluten Werten von der F-PV ausgeschlossen werden.

**Herr Kummer (SPD)** fragt, ob das Ermessen mit Aufnahme der „Soll-Vorschrift“ nicht stark reduziert sei.

**Herr Langsdorf (RPDA)** führt aus, das beim intendierten Ermessen im typischen Fall die Abweichung zuzulassen sei. Beim atypischen Fall habe man, wie nach der früheren Rechtslage, ein Ermessen und müsse sich fragen, ob es zweckmäßig sei, im jeweils vorliegenden Fall die Abweichung zuzulassen, obwohl ein atypischer Fall vorliege.

**Herr Langsdorf (RPDA)** erläutert das Zustandekommen des Begriffs „80 Perzentil“ im Bezug auf die Definition des typisch und atypischen Falls.

**Herr Kraft (CDU)** lässt über die Beschlussvorlage - **Drs. Nr. X / 120.1** abstimmen.

**Beschluss:** Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der Beschlussvorlage einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:** Zustimmung der Fraktionen: CDU, SPD und DIE GRÜNEN.

Enthaltung der FDP-Fraktion.

**Zu TOP 4** Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens für die 3. Änderung des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 für die Stadt Bruchköbel, Stadtteil Roßdorf, Gebiet: "Neue Brückenschule"  
**Drs. Nr. X / 124**

Es gibt keine Wortmeldungen.

**Herr Kraft (CDU)** lässt über die Beschlussvorlage - **Drs. Nr. X / 124** abstimmen.

**Beschluss:** Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der Beschlussvorlage einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:** Zustimmung der Fraktionen: CDU, SPD, DIE GRÜNEN und FDP.

**Zu TOP 5** Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens für die 5. Änderung des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 für die Stadt Erlensee, Stadtteil Langendiebach  
Gebiet A: "Im Büchensaal II"  
Gebiet B: "Hintere Bogenstraße"  
**Drs. Nr. X / 125**

Es gibt keine Wortmeldungen.

**Herr Kraft (CDU)** lässt über die Beschlussvorlage - **Drs. Nr. X / 125** abstimmen.

**Beschluss:** Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der Beschlussvorlage einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:** Zustimmung der Fraktionen: CDU, SPD, DIE GRÜNEN und FDP.

**Zu TOP 6** Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens für die 1. Änderung des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans 2010 für die Stadt Nidderau, Stadtteil Heldenbergen, Gebiet: "Allee Süd V"  
**Drs. Nr. X / 126**

Es gibt keine Wortmeldungen.

**Herr Kraft (CDU)** lässt über die Beschlussvorlage - **Drs. Nr. X / 126** abstimmen.

**Beschluss:** Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der Beschlussvorlage einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:** Zustimmung der Fraktionen: CDU, SPD, DIE GRÜNEN und FDP.

**Zu TOP 7** Anfragen

**Sprecher:**

Herr Kummer (SPD)

Herr Röttger (CDU)

Herr Schindler (SPD)

**Herr Kummer (SPD)** spricht Projekte der Fa. Amprion an, die u. a. Hochspannungsleitungen im Kreis Groß-Gerau betreffen. Die RVS habe seinerzeit die Auffassung vertreten, dass bestehende Masten nur dann Verwendung finden dürfen, wenn sie sich in einem 400 m Abstand zur nächsten Wohnbebauung befänden. Nach Meinung von Herrn Kummer sei die Bundesnetzagentur dieser Auffassung nicht nachgekommen. Es werde weiterhin geplant, auch Masten mit geringerem Abstand zur Wohnbebauung zu verwenden. **Herr Kummer (SPD)** bittet darum, die damalige Einlassung der RVS als Antwort der neuerlichen Aufforderung der Bundesnetzagentur nochmals zu bekräftigen.

**Frau Güss (RPDA)** führt aus, dass seinerzeit eine fristwahrende Stellungnahme für die RVS am 16.03.2022 gegenüber der Bundesnetzagentur abgegeben worden sei. Die RVS habe sich dann in ihrer Stellungnahme mit Beschluss vom 13.05.2022 entsprechend positioniert. Die ergänzte Stellungnahme sei am 19.05.2022 an die Bundesnetzagentur gesendet worden. Der vorliegende Fall sei zeitlich vergleichbar. Die Möglichkeit, hier analog zu verfahren, sei gegeben und mit der Bundesnetzagentur abgestimmt.

**Herr Schindler (SDP)** vertritt die Meinung, dass eine neuerliche Stellungnahme der RVS nicht notwendig sei. Die Verwaltung werde beauftragt, in ihrer Stellungnahme auf den LEP mit entsprechenden Siedlungsabständen hinzuweisen. **Herr Kummer (SPD)** fasst zusammen, dass die Verwaltung in ihrer Stellungnahme den damaligen Beschluss der RVS vom 13.05.2022 nochmals aufgreifen solle. **Herr Röttger (CDU)** ergänzt, dass Herr Kummer wohl auch den Rhein-Main-Link meine. Die Thematik zum Rhein-Main-Link und Umspannwerken wolle man in der nächsten Sitzung des Arbeitskreises Grundsatzfragen aufgreifen. Abschließend sagt **Frau Güss (RPDA)** zu, auf die damalige Stellungnahme der RVS im aktuellen Fall zu verweisen. Des Weiteren weist Frau Güss darauf hin, dass aufgrund der Änderung des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes (NABEG) im Dezember letzten Jahres, nahezu keine Möglichkeit mehr bestünde, dass die landesplanerischen Ziele der Raumordnung von der Bundesnetzagentur zu beachten seien, insbesondere, wenn es um die Verwendung bereits bestehender Masten oder Trassen gehe.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, schließt **Herr Kraft** um 10:44 Uhr die heutige Sitzung und bedankt sich bei allen Teilnehmenden.

gez. Uwe Kraft  
stellv. Ausschussvorsitzender

gez. Manuela Barthel  
Schriftführerin